

Die Covid-19-Epidemie greift auch die Frauenrechte an!

AMANDINE CLAUD, Fondation Jean-Jaurès, verantwortlich für Europa und Gleichstellung

SPÖ

RI RennerInstitut



Die Covid-19-Epidemie greift auch die Frauenrechte an!

Amandine Clavaud, verantwortlich für Europa und Gleichstellung an der Fondation Jean-Jaurès
Erschienen im französischen Original am 1. April 2020

Die Covid-19-Epidemie wirkt sich auf alle Gesellschaftsbereiche aus. Wie steht es in diesem Zusammenhang um die Gleichstellung zwischen Frau und Mann? Die Zunahme an häuslicher und familiärer Gewalt, der eingeschränkte Zugang zu Verhütungsmitteln und zum Recht auf Abtreibung, die Pflegeberufe an vorderster Front – all diese spürbaren Auswirkungen machen deutlich, wie sehr die Frauenrechte betroffen sind. Amandine Clavaud, verantwortlich für Europa und Gleichstellung an der Fondation Jean-Jaurès, analysiert die Auswirkungen der Gesundheitskrise auf die Frauenrechte insbesondere in Frankreich.

Inhalt

2020: eine internationale Agenda für Frauenrechte in Frage gestellt?.....	3
Zunahme der häuslichen und familiären Gewalt, Zugang zu sexuellen und reproduktiven Rechten: Frauenrechte auf dem Prüfstand der Ausgangsbeschränkungen	4
Berufe an vorderster Front, hauptsächlich von Frauen ausgeübt	8
Für ein gendersensibles Krisenmanagement	9

Während die Covid-19-Epidemie die gesamte internationale Gemeinschaft hart trifft, sind die Auswirkungen der internationalen Gesundheitskrise, die wir durchleben, auf allen Ebenen zu beobachten – mit ihren menschlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen – und sie unterstreichen, wie sehr Covid-19 ein echter Katalysator für die in unseren Gesellschaften bestehenden Spannungen, Brüche und Probleme ist. Die Rechte der Frauen sind davon massiv betroffen, und deshalb sind seit Beginn dieser Krise quer durch Vereine, Institutionen und Politik viele Stimmen laut geworden, damit wir nicht Zeug_innen eines Rückschritts – eines Backlash¹ – auf globaler Ebene werden.

2020: eine internationale Agenda für Frauenrechte in Frage gestellt?

Eigentlich hätten die Frauenrechte im Jahr 2020 die internationale diplomatische Agenda prägen sollen. Vor 25 Jahren wurde nämlich die Erklärung und Aktionsplattform von Peking von 189 Ländern angenommen, die seither „das wichtigste globale politische Dokument zur Gleichstellung der Geschlechter“², in dem strategische vorrangige Ziele und Aktionen in zwölf Bereichen festgelegt sind. Dazu gehören: der Kampf gegen die steigende Armut der Frauen; Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu Bildung und Ausbildung; Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu Gesundheitsversorgung und -einrichtungen; Kampf gegen Gewalt gegenüber Frauen; Bekämpfung der Auswirkungen von bewaffneten Konflikten auf Frauen; Förderung der Gleichstellung in wirtschaftlichen Strukturen und in der Wirtschaftspolitik sowie gleichberechtigter Zugang zu allen Formen von Produktionstätigkeit und zu den Ressourcen; Ermutigung zur Machtteilung und zur Entscheidungsfindung; Stärkung der Mechanismen zur Förderung der Frau; Sicherstellung der Achtung der Grundrechte der Frauen und Bekämpfung der Missstände in der Förderung und dem Schutz dieser Rechte; Kampf gegen stereotype Frauenbilder und den ungleichen Zugang und die ungleiche Beteiligung von Frauen an der Kommunikation (insbesondere den Medien); die Förderung des gleichberechtigten Zugangs zur Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und zur Erhaltung der Umwelt; die Abschaffung der Diskriminierung der Mädchen und die Verletzung ihrer Menschenrechte.³

Anlässlich des Jahrestages hätte sich die 64. Kommission der Vereinten Nationen zur Rechtsstellung der Frau speziell auf Fortschritte und Rückschläge bei der Gleichstellung zwischen Frau und Mann konzentrieren sollen, um eine erste Bilanz zu ziehen. Die Covid-19-Epidemie führte jedoch zur Absage dieser Jahrestagung, die vom 9. bis 20. März 2020 rund 12.000 Menschen aus aller Welt – offizielle Delegationen und die Zivilgesellschaft zusammen genommen – bei den Vereinten Nationen in New York versammeln sollte.

¹ Susan Faludi, Backlash. La guerre froide contre les femmes, Éditions des femmes, Antoinette Fouque, 1993.

² Weltfrauenkonferenzen, Website UN Women.

³ Zur Vertiefung: Ghislaine Toutain, « [25 ans après la Déclaration de Pékin : un combat sans fin pour les droits des femmes ?](#) », Fondation Jean-Jaurès, 25 février 2020.

Die 64. Sitzung der Kommission zur Rechtsstellung der Frau sollte ein erster Meilenstein vor dem hochrangigen Ministertreffen in Mexiko-Stadt am 7. und 8. Mai und im Hinblick auf die internationale Konferenz – das [Forum Génération Égalité](#) – sein, die ursprünglich für den 7. bis 10. Juli 2020 in Paris geplant war und deren Zeitplan jetzt „überprüft“ wird. Unter der Leitung der Vereinten Nationen und unter dem gemeinsamen Vorsitz Frankreichs und Mexikos besteht das Ziel des Forum Génération Égalité darin, die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die Zivilgesellschaft und den Privatsektor zusammenzubringen und finanzielle Zusagen für einen Zeitraum von fünf Jahren zu erreichen. Gleichzeitig reiht es sich in das Programm der Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030⁴, dessen Ziel 5 die Gleichstellung der Geschlechter betrifft. Auch die 75. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen im kommenden September sollte den Rechten der Frauen besondere Aufmerksamkeit widmen.

Heute scheint die Durchführung dieser internationalen Treffen sehr ungewiss. Wir dürfen uns jedoch eine Debatte über die Rechte der Frauen nicht ersparen, die in der ganzen Welt ständig angegriffen und missachtet werden. Die internationale Zivilgesellschaft hat im Übrigen dazu aufgerufen, die UN-Kommission zur Rechtsstellung der Frau nur zu verschieben und nicht abzusagen. Denn die *in fine* und in einem gestrafften Format verabschiedete Erklärung, mit der alleinigen Präsenz der ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten bei der UNO, bleibt weit hinter der Position der Europäischen Union zurück, die ehrgeizige Ziele ausgegeben hatte. Dies ist umso schädlicher, als Frauenrechte seit dem Aufkommen der #MeToo-Bewegung im Jahr 2017 international Thema waren. Auch in Frankreich hat sich die Bewegung fortgesetzt, vor allem mit starken Aussagen der Schauspielerin Adèle Haenel und der ehemaligen Spitzensportlerin Sarah Abitbol, die beide die sexuelle Gewalt anprangerten, die sie als Kinder und Jugendliche erlitten hatten.

Die internationale Gesundheitskrise als Folge der Covid-19-Epidemie darf die Rechte der Frauen nicht aussetzen und wirft viele Fragen hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern auf.

Zunahme der häuslichen und familiären Gewalt, Zugang zu sexuellen und reproduktiven Rechten: Frauenrechte auf dem Prüfstand der Ausgangsbeschränkungen

China, das Land, in dem die Epidemie ihren Anfang nahm und das allmählich aus den Ausgangsbeschränkungen ausbricht, verzeichnet nun einen Anstieg der häuslichen Gewalt: „Die Polizeistation des Bezirks Jianli in der Provinz Hubei verzeichnete im Februar 162 Berichte von häuslicher Gewalt; das sind dreimal mehr als die 47 im Februar 2019 verzeichneten. Und im Januar war die Zahl der Fälle doppelt so hoch wie im Vorjahr. Unseren Statistiken zufolge stehen 90% der Gewaltfälle im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie“, sagte Wan Fei,

⁴ 2015 wurden 17 Nachhaltigkeitsziele verabschiedet.

ein ehemaliger Polizist, Anfang März 2020 aus.⁵ Scheidungsklagen in den Bezirken von Xi'an, der Hauptstadt der Provinz Shaanxi, nehmen ebenfalls zu.⁶ In Frankreich, kurz nach der Ankündigung der Ausgangsbeschränkungen im Anschluss an die Rede von Staatspräsident Emmanuel Macron, veröffentlichte Marlène Schiappa, die Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frauen und Männern und für den Kampf gegen Diskriminierung, am 16. März 2020 eine Pressemitteilung und erklärte, dass „die Krisenzeit, die wir erleben, und die Isolation zuhause leider einen Nährboden für häusliche Gewalt schaffen können.“⁷ Sie bat auch die Frauenrechtsdienste der Präfekturen, sie über die Rückmeldungen zur Situation der Notunterkünfte für Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, zu informieren, damit sie ihren Auftrag unter Beachtung der Abstandregeln weiterhin erfüllen können. Schließlich erinnerte sie daran, dass „das Hausverbot des gewalttätigen Ehepartners die Regel sein muss“ und dass Streitigkeiten im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt weiterhin von den zuständigen Gerichten behandelt würden.

Die im Notfall anzurufende Nummer bleibt die 17 (Polizeinotruf); die Plattform arretonslesviolences.gouv.fr ist ebenfalls aktiv. Die Fédération Nationale Solidarité Femmes (FNSF), die die kostenlose und anonyme nationale Helpline 3919 betreibt, musste sich neu organisieren, um die Kontinuität der Telefonberatung zu gewährleisten und weibliche Zuhörerinnen zu schützen. „Das Callcenter [...] wurde auf Mobiltelefone umgestellt“ und ist von Montag bis Samstag von 9.00 bis 19.00 Uhr einsatzbereit.⁸ Das Kollektiv #NousToutes hatte von Beginn der Ausgangsbeschränkungen an auf die Situation weiblicher Opfer häuslicher Gewalt aufmerksam gemacht und die nationale Nummer 3919 verbreitet: „Zu Hause mit einem gewalttätigen Mann eingesperrt zu sein, ist gefährlich. Es ist nicht ratsam, auszugehen. Es ist nicht verboten, wegzulaufen. Brauchen Sie Hilfe? Rufen Sie 3919 an.“ Das [Collectif féministe contre le viol \(CFCV\)](#) (Feministisches Kollektiv gegen Vergewaltigung) hat ebenfalls eine Hotline für Opfer sexueller Gewalt während der Ausgangsbeschränkungen organisiert: Die Nummer 0800 05 95 95 ist kostenlos, vertraulich und von Montag bis Freitag von 10 bis 19 Uhr durchgehend erreichbar.

Häusliche Gewalt geht oft mit innerfamiliärer Gewalt einher. Eine Auswertung der bei der Helpline 3919 im Jahr 2018 eingegangenen Anrufe zeigt, dass 98 % der Anrufe von Frauen stammen, und bei diesen Anrufen waren auch 13.000 Kinder von der Gewalt betroffen.⁹ Auch hier steht die nationale Helpline bzw. Notrufnummer 119 zur Verfügung; für psychologische Unterstützung gibt es die Nummer 0800 130 000. Die Mitarbeiter_innen der Kinderschutzhilfe und der Kinderschutzverbände befinden sich ebenfalls vor Ort, um die Kontinuität des

⁵ Frédéric Lemaître, [« Coronavirus : en Chine, les violences conjugales en hausse pendant le confinement »](#), *Le Monde*, 28. März 2020.

⁶ [« Chinese city experiencing a divorce peak as a repercussion of Covid-19 »](#), *Global Times*, 7. März 2020.

⁷ Presseaussendung des Secrétariat d'État en charge de l'égalité entre les femmes et les hommes et de la lutte contre les discriminations, 16. März 2020.

⁸ Presseaussendung der Fédération Nationale Solidarité Femmes, 22. März 2020.

⁹ Siehe die Zahlen der FNSF: <http://www.solidaritefemmes.org/chiffres-cl%C3%A9s>.

Dienstes zu gewährleisten, und haben in mehreren Départements auf den dringlichen Bedarf nach Schutz hingewiesen.¹⁰

Die Covid-19-Epidemie wirft daher mehrere Probleme in Bezug auf das Personalmanagement und die zu erfüllenden Aufgaben für die Verbände auf. Sie waren sowohl mit einem Rückgang – vorübergehend, also während der Zeit der Reorganisation – ihrer Aktivitäten aufgrund der Ausgangsbeschränkungen, manchmal auch mit einem Rückgang der Zahl der Freiwilligen (wie z.B. bei den Restos du cœur zu beobachten ist, wo die Freiwilligen meist älter und daher Risikopersonen sind) als auch mit einer erhöhten Nachfrage nach ihrer Arbeit konfrontiert.

In diesem Zusammenhang hat die [Fondation des femmes](#) – um den an Ort und Stelle tätigen Vereinigungen zu helfen und ihnen die Fortsetzung ihrer Tätigkeiten zu ermöglichen – „ein neues Instrument der Nothilfe für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, geschaffen und zur allgemeinen Mobilisierung [aufgerufen].“¹¹ Zusammen mit der Fédération Nationale Solidarité Femmes (FNSF) und in Verbindung mit der Union régionale Solidarité Femmes – Île-de-France (URSF IDF) setzen sie sich im Rahmen des Programms #ToutesSolidaires für die Sicherheit der Frauen in der Region Paris ein.¹²

Der Staat muss daher seine Antwort auf diese Krise, die die häusliche und innerfamiliäre Gewalt verschärft, anpassen. Wie Staatssekretärin Marlène Schiappa und ihre italienische Amtskollegin Elena Bonetti in einem gemeinsamen Brief erinnerten, stellen Frankreich und Italien – das bereits zehn Tage vorher mit den Ausgangsbeschränkungen begonnen hatte – „einen drastischen Rückgang der Anrufe von Frauen bei den Hotlines fest“. Hier sind die ersten Daten in Italien aufschlussreich: In den ersten beiden Märzwochen des Jahres 2020 gingen die Anrufe von Opfern häuslicher Gewalt im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs um 47,7 % zurück.¹³ Wie kann eine Frau auch um Hilfe bitten, wenn sie mit ihrem Angreifer zuhause eingesperrt ist?

Innenminister Christophe Castaner bestätigte, was viele bereits befürchtet hatten: Die seit dem 17. März in Frankreich eingeführten Ausgangsbeschränkungen haben zu einer Zunahme der häuslichen Gewalt geführt. Bei der Pariser Polizeipräfektur wurde innerhalb einer Woche ein Anstieg von 36 % verzeichnet, in den Gebieten, in denen die Gendarmerie zuständig ist, waren es 32 %. Seit Beginn des Shutdown sind zwei Frauen von ihren Männern getötet worden; ein 6-jähriges Kind, das von seinem Vater geschlagen wurde, ist derzeit hirntot. Angesichts dieser dramatischen Situation wurde in den Apotheken ein Warnsystem

¹⁰ Beispielsweise in den Départements der Regionen [Occitanie](#) und [Finistère](#).

¹¹ Presseaussendung der Fondation des femmes, 27. März 2020.

¹² Presseaussendung der la Fondation des femmes et la Fédération Nationale Solidarité Femmes, 30. März 2020.

¹³ Daniela Lanni, « [L'altra faccia del coronavirus, è emergenza violenza sulle donne. Ecco i numeri da chiamare per chiudere aiuto](#) », *La Stampa*, 19. März 2020.

eingerrichtet, um die Polizei zu alarmieren.¹⁴ Staatssekretärin Marlène Schiappa kündigte in einem Interview mit *Le Parisien*¹⁵ darüber hinaus Folgendes an: vor den Supermärkten würden Anlaufstellen für Frauen eingerichtet; 20.000 Hotelübernachtungen würden bereitgestellt, um das Zusammenleben unter einem Dach beenden zu können; und der Staat würde die Vereinigungen in Höhe von einer Million Euro finanzieren würde. Die bisher letzte Ankündigung betraf schließlich die Möglichkeit, die Polizei per SMS an die Nummer 114 zu verständigen.

Die derzeitige Gesundheitskrise wirft auch die Frage nach dem Zugang zu Verhütungsmitteln und dem Recht auf Abtreibung auf. Seit dem 15. März 2020 können Frauen auf Beschluss des Gesundheitsministeriums und des Staatssekretariats für die Gleichstellung von Frauen und Männern „die Antibabypille direkt in der Apotheke, ohne Umweg über einen Arzt und dank eines alten Rezeptes“ erhalten; „Notfallverhütung ist ohne Rezept in der Apotheke erhältlich“. Die Presseaussendung besteht auch auf der Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs, der „als dringende Maßnahme betrachtet“ wird und zu dem der Zugang „weiterhin gewährleistet werden muss“. Die Hausärzt_innen und Hebammen sind befugt, einen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch zu verschreiben, und weiters ist die Fernberatung vorgesehen, um Frauen zu begleiten, die sie in Anspruch nehmen.

In den Vereinigten Staaten wird der Zugang zum Abtreibungsrecht bereits in einigen Bundesstaaten in Frage gestellt. In Ohio wird der Schwangerschaftsabbruch während der Pandemie als „nicht wesentlich“ erachtet, und der dortige Justizminister und zugleich Generalstaatsanwalt (Attorney General) forderte einen Stopp von Abtreibungen.¹⁶ Diese Entscheidung wurde auch in Texas und Mississippi getroffen. In Frankreich befürchteten mehrere feministische Vereinigungen, dass durch die Covid-19-Epidemie und die Ausgangsbeschränkungen Einschränkungen bei der Betreuung von Schwangerschaftsabbrüchen entstehen, zumal der Zeitrahmen für eine angemessene Behandlung entscheidend ist. Diese Sorgen teilt insbesondere [Le Planning familial](#), das die gebührenfreie Nummer 0800 08 11 11 verwaltet und Frauen beim Zugang zu sexuellen und reproduktiven Rechten hilft.¹⁷ Eine der Folgen des quasi allgemeinen Lockdown in Europa ist die Schließung der Grenzen, die Frauen im Falle einer späten Abtreibung daran hindert, in die Niederlande zu reisen. Deshalb brachten Senator_innen der Sozialistischen Fraktion im Senat – Laurence Rossignol, Michelle Meunier, Patrick Kanner, Marie-Pierre de la Gontrie, Jean-Yves Leconte, Rachid Temal und Marie-Pierre Monier – am 19. März 2020 einen Änderungsantrag ein, um die gesetzliche Abtreibungsfrist um zwei Wochen zu verlängern und die Verpflichtung

¹⁴ Siehe « [Confinement : les violences conjugales en hausse, un dispositif d'alerte mis en place dans les pharmacies](#) », *Le Monde* avec Reuters, 27. März 2020.

¹⁵ Christine Mateus, « [Violences conjugales : Marlène Schiappa annonce des points d'accueil dans les centres commerciaux](#) », *Le Parisien*, 28. März 2020.

¹⁶ Riley Beggin, « [Ohio's attorney general told providers to stop abortions during the coronavirus pandemic](#) », *Vox*, 22 mars 2020.

¹⁷ Abgesehen von dieser gebührenfreien Hotline bietet die Seite [vglesadresses.org](#) ein Verzeichnis aller nötigen Kontaktstellen und Informationen.

zu einer zweiten Beratung für Minderjährige abzuschaffen. Der Änderungsantrag wurde jedoch abgelehnt. Laurence Rossignol kommentierte diese Entscheidung wie folgt: „Was mich an der Ablehnung dieses Änderungsantrags schockiert, ist, dass es akzeptiert wird, unbegrenzt dem Arbeitsrecht zuwiderzuhandeln, um sich an die Gesundheitskrise anzupassen, während eine Abweichung vom Abtreibungsgesetz als undenkbar gilt.“¹⁸ Eine Petition [„Covid-19: Abtreibungen können nicht warten! Für ein Notfallgesetz!“](#) wurde vom „Collectif Avortement en Europe. Les femmes décident“ (Kollektiv Abtreibung in Europa: die Frauen entscheiden) gestartet, das mehrere feministische Vereinigungen, Gewerkschaften und politische Parteien umfasst. Diese Petition greift den Aufruf von mehr als hundert Abtreibungsärzt_innen auf, die von Persönlichkeiten aus Politik und Kultur unterstützt werden, die in einer Kolumne Notfallmaßnahmen forderten und sich bereit erklärten, sich über das Gesetz hinwegzusetzen.¹⁹

Die Ausgangsbeschränkungen vervielfachen somit die Schwierigkeiten für Frauen und Kinder, die Opfer von geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt sind, und erschweren den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Rechten. Alle betroffenen Akteur_innen – Verbände und alle jene, die im Gesundheitsbereich, im Kinderschutz, in der Justiz und bei der Gendarmerie arbeiten – müssen sich koordinieren, damit an die Epidemie angepasste Maßnahmen ergriffen werden. Diese Maßnahmen müssen den Schutz der Opfer und des eingesetzten Personals sicherstellen, und zwar mithilfe der zur Eindämmung des Virus notwendigen Hygienemaßnahmen und der Schutzartikel (Masken und Desinfektionsmittel), die für das Personal, das Kontakt zur Öffentlichkeit hat, unerlässlich ist – das ist die wesentliche Herausforderung.

Berufe an vorderster Front, hauptsächlich von Frauen ausgeübt

Die Pandemie wirft ein Licht auf die Pflegeberufe, die bei der Bewältigung dieser Gesundheitskrise an vorderster Front stehen. Wie definiert man Pflege? Rose-Myrlië Joseph definiert sie wie folgt: „Es handelt sich um eine Reihe von Aktivitäten, die an die Bereiche Haushalt, Gesundheit, Soziales und Bildung angrenzen (Cresson und Gadrey, 2004). [...] Wenngleich sie mehrere Tätigkeitsbereiche abdeckt, darunter auch die Hausarbeit (Molinier, 2004; Moujoud und Falquet, 2010), kann die Pflege doch auch in verschiedenen Arbeitsformen verankert werden. Erstens ist die Pflege Teil der Hausarbeit, die Delphy (2002) als Gratisarbeit der Frauen im Dienste der eigenen Familie darstellt. Zweitens kann sie zum Haushaltsdienst gehören, den Destremeau und Lautier (2002) als bezahlte Arbeit von Frauen für die häusliche Pflege einer anderen Familie definieren. Sie kann auch in die institutionelle

¹⁸ Lorélie Carrive, [« Le confinement risque de fragiliser encore plus le droit à l'avortement »](#), France Inter, 20. März 2020.

¹⁹ Kollektiv ["Il faut 'protéger les droits des femmes et maintenir l'accès à l'avortement'"](#), *Le Monde*, 31. März 2020.

Hausarbeit einbezogen werden, die für Glenn (2009) bezahlte Hausarbeit ist, die von Frauen in einem institutionellen Umfeld geleistet wird.²⁰

Weltweit stellen laut UNO Frauen 70 % der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen.²¹ Unter jenen, die in Gesundheitsberufen tätig sind, sowie dem Hauspflege-, Lehr- und Supermarktpersonal sind die meisten Frauen. In Frankreich stellen sie 78 % des öffentlichen Krankenhausdienstes, darunter fast 90 % der Krankenpfleger_innen und Pflegehilfskräfte, 89 % des Personals in den Pflegeheimen,²² 82 % des Lehrpersonals in den Grundschulen, zwischen 80 und 90 % der Kassierer_innen.²³ Es sei darauf hingewiesen, dass 90 % der Beschäftigten im Gesundheitswesen in der Provinz Hubei in China Frauen sind.²⁴ Obwohl diese Arbeitsplätze (heute) als wesentlich für das gesellschaftliche Leben in Zeiten der Ausgangsbeschränkungen angesehen werden, sind sie schlecht bezahlt. Ist es nicht notwendig, sich daran zu erinnern, wie viel [Krankenpflegerinnen](#) (das Bruttogehalt in Stufe 1 der Besoldungsgruppen 1 und 2 schwankt zwischen 1827,54 Euro und 1977,49 Euro), [Pflegehelferinnen](#) (1537,01 Euro brutto), Kassiererinnen (den Gegenwert des Mindestlohns) verdienen? Viele Frauen, die in diesen prekären Berufen arbeiten, insbesondere Kassiererinnen und Haushaltshilfen, müssen Teilzeit arbeiten, da sie gleichzeitig die alleinige Betreuungspflicht für die Familie haben.²⁵ All diese Frauen, die arbeiten, um Leben zu retten oder die Kontinuität von Tätigkeiten im öffentlichen Interesse zu gewährleisten, tun dies unter Bedingungen, die bekanntlich mehr als belastend sind; denn jene, die in Pflegeberufen tätig sind, unter Stress stehen, alle Arten von Schutz vermissen lassen oder kaum mehr als nur rudimentären Schutz genießen und sich damit mehr als alle anderen dem Virus aussetzen.

Für ein gendersensibles Krisenmanagement

In ihrem Artikel „[Covid-19: the gendered impacts of the outbreak](#)“, der am 14. März 2020 in *The Lancet* veröffentlicht wurde, fordern Clare Wenham, Julia Smith und Rosemary Morgan die internationale Gemeinschaft auf, ihre Lehren aus der Ebola-Krise in Westafrika zwischen 2014 und 2016 und jener mit dem Zika-Virus zu ziehen. Frauen waren vom Virus stärker betroffen als Männer, da sie die Mehrheit in den Gesundheitsberufen stellen. Und obwohl sie vor Ort direkt mit der Bewältigung dieses Virus konfrontiert waren, waren sie im

²⁰ Rose-Myrliè Joseph, "Le care: entre relations et rapports sociaux au travail", Universität Lausanne und in Soziologie an der Universität Paris 7.

²¹ Siehe « [Covid-19 : les conséquences sociales de la pandémie touchent durement les femmes](#) », Nations unies, 20. März 2020

²² Um weiter zu gehen, siehe die Daten der Direction de la recherche, des études, de l'évaluation et des statistiques (Drees) über [Gesundheitsberufe](#), insbesondere [Krankenpfleger_innen](#), oder [Pflegeheimpersonal](#).

²³ Siehe den Artikel von Raphaëlle Rérolle, Marie-Béatrice Baudet, Béatrice Gurrey und Annick Cojean, « [Coronavirus : dans toute la France, les caissières en première ligne](#) », Le Monde, 22. März 2020.

²⁴ Clare Wenham, Julia Smith, Rosemary Morgan, "[Covid-19: the gendered impacts of the outbreak](#)", The Lancet, 14. März 2020.

²⁵ Das INSEE (Institut national de la statistique et des études économiques) gibt an, dass im Jahr 2014 82 % der Einelternfamilien von Frauen geführt wurden.

Entscheidungsprozess zur Lösung der Krise dennoch in der Minderheit. Die Autorinnen bedauern daher das Management der aktuellen Pandemie: „despite the WHO Executive Board recognising the need to include women in decision making for outbreak preparedness and response, there is an inadequate women’s representation in national and global COVID-19 policy spaces [...]“. Eine weitere dramatische Folge des Ebola- und des Zika-Virus war, dass die sexuellen und reproduktiven Rechte der Frauen stark beeinträchtigt wurden: Die Sterblichkeitsrate von Schwangeren, bei der Geburt und/oder infolge einer Schwangerschaft hat zugenommen, und der Zugang zu sexuellen und reproduktiven Rechten ist eingeschränkt worden. In Sierra Leone war die Sterblichkeit von Frauen zwischen 2013 und 2016 aus geburtshilflichen Gründen höher als die durch das Ebola-Virus selbst.²⁶ Im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie bekräftigte die Weltgesundheitsorganisation am 21. März 2020 die Notwendigkeit, dass jede Frau das Recht auf eine sichere Entbindung hat, einschließlich der Anwesenheit einer Begleitperson ihrer Wahl. In Frankreich verbietet die Assistance Publique-Hôpitaux de Paris (AP-HP) zwar nicht systematisch die Möglichkeit, sich während der Geburt begleiten zu lassen, die Entscheidung liegt jedoch weiterhin im Ermessen der Entbindungskliniken.²⁷

Aus wirtschaftlicher Sicht haben sich die Auswirkungen der Ebola- und Zika-Gesundheitskrise in der Region zudem nachhaltig ausgewirkt – „men’s income returned to what they had made pre-outbreak faster than women’s income“, so Julia Smith²⁸ –, wodurch sich die Ungleichheiten bei den Löhnen weiter verschärften. Zu diesen langfristigen Ungleichheiten kommt noch ein letzter, heimtückischer Aspekt hinzu (der jedoch viel über das patriarchalische System, in dem wir leben, aussagt), nämlich die Verteilung der Hausarbeit innerhalb der Paare. Es ist bekannt, dass Frauen mehr Zeit als Männer damit verbringen, sich um die Hausarbeit zu kümmern.²⁹ Hoffen wir, dass Covid-19 nicht auch zur Rückkehr des Bildes der perfekten Hausfrau beiträgt, das in den 1950er Jahren ihre Blüte hatte!

Die Ebola- und Zika-Krise lehren uns also die Notwendigkeit, den Genderaspekt in die Antworten auf die Bewältigung einer Epidemie einzubeziehen und genderspezifische Daten anzusammeln, um die unterschiedlichen Auswirkungen dieser Krisen auf Frauen und Männer zu verstehen. Von den 29 Millionen wissenschaftlichen Artikeln, die über Ebola und Zika veröffentlicht wurden, widmete sich nur 1 % den Auswirkungen dieser Epidemien auf die Frauen.³⁰ Es ist daher notwendig, dass die internationale Gemeinschaft bei der Lösung der Krise einen genderspezifischen Ansatz verfolgt. Die Europäische Kommissarin für Gleichstellung, Helena Dalli, wiederholte dies in einer Erklärung: "Therefore, EU member

²⁶ Helen Lewis, [“The coronavirus is a disaster for feminism”](#), *The Atlantic*, 19. März 2020.

²⁷ Marine Le Breton, [« L’accouchement pendant le coronavirus doit se faire avec le père, selon ce gynécologue »](#), *The Huffington Post*, 27. März 2020.

²⁸ Julia Smith in [„Covid-19: the gendered impacts of the outbreak“](#), *The Lancet*, 14. März 2020.

²⁹ François Kraus, [« L’inégale répartition des tâches ménagères ou la persistance d'un 'privilège' de genre »](#), Fondation Jean-Jaurès, 4. November 2019.

³⁰ Ebd.

states must address the gendered impact that the virus is having and draw a gender-sensitive response", und forderte die Mitgliedstaaten auf, verschiedene Mechanismen zum Schutz der Frauenrechte einzurichten.

Die Zeit nach der Krise wird entscheidend sein. Lasst uns endlich die vor uns liegende Gelegenheit nutzen, um über die Neubewertung der Pflegeberufe in der Arbeitswelt und ganz allgemein über die Rechte der Frauen in unserer Gesellschaft nachzudenken, die keinesfalls außer Acht gelassen werden dürfen. Diese Reflexion wird nicht möglich sein ohne die Hilfe von Frauen, die vor Ort tapfer an der Lösung der Krise mitgewirkt haben. Wie können wir heute nicht an den berühmten Satz von Simone de Beauvoir denken? Sie schrieb: „Vergesst nie, dass es nur einer politischen, wirtschaftlichen oder religiösen Krise bedarf, um die Rechte der Frauen in Frage zu stellen. Diese Rechte können niemals als selbstverständlich angesehen werden. Ihr werdet für den Rest eures Lebens wachsam bleiben müssen.“ Mehr denn je müssen wir in dieser neuen Situation dafür sorgen, diese erschöpfte Gesellschaft und in ihrer Mitte die Rechte der Frauen wiederaufzubauen, insbesondere jener Frauen, die an vorderster Front gestanden sind und die nicht vergessen werden dürfen.

Übersetzung: Gerhard Marchl, Karl-Renner-Institut